

notwendigen Kampfmaßnahmen zu beraten und zu beschließen haben. Die Massen zum Kampf vorzubereiten, ihre aktive Beteiligung an der Lohn- und Arbeitszeitbewegung herbeizuführen, das ist die Pflicht eines wirklich verantwortungsvollen Führers.

Unter diesen Vorzügen

müssen die kommunistischen Betriebszellen und Fraktionen überall ihre Kollegen aufstellen. Unter dem Massendruck muß in jeder Versammlung die Behandlung der Tariffragen und Forderungen erzwungen, müssen die Massen zum Kampf vorbereitet und für den Eintritt in den Verband gewonnen werden. Immer und immer wieder gilt es dabei zu betonen: der Verband, das ist nicht die Bureauplatze mit ihrer Geheimdiplomatie, der Verband, das sind die zum Kampf für ihre Interessen zusammengeschlossenen Proletarier, das ist die aktive Mitgliedschaft. Für den Verband, zum Kampf gegen das Unternehmertum, nicht für die Bureauplatze, werden wir Mitglieder. Je zahlreicher die Arbeiter organisiert sind, um so größer ist die proletarische Macht der Mitgliedschaft gegen die reformistische Diktatur und Sabotage.

Wie es Aufgabe aller Massenbewegten Metallarbeiter ist, die Massenmobilisation trotz reformistischer Sabotage zu er-

zwingen, so ist es auch ihre Aufgabe, selbst Verbindung und Kampfsolidarität mit den Metallarbeitern anderer Industriezweige herzustellen. Sie müssen die Transportarbeiter, Halbarbeiter, Bergleute, Eisenbahner usw. veranlassen, in ihren Verbänden vorzutreten, um endlich oder befristet ein mit den Metallarbeitern gemeinsames und gleichzeitiges Vorgehen zu erzwingen. Das gilt besonders da, wo die Tarife in den anderen Industriezweigen ebenfalls am 1. April ablaufen.

Der Offener Parteitag der AVD hat in seinen Verhandlungen und Beschlüssen beim allgemein politischen, wie speziell gewerkschaftlichen Referat den Weg gewiesen, hat gezeigt, daß die Wirtschaftskämpfe der Mittelpunkt und die Achse des proletarischen Kampfes gegen Kapital und Reaktion sind. Diese Beschlüsse gilt es besonders bei der Metallarbeiterbewegung lebendig zu machen. Die Metallarbeiterkraft darf sich durch die lähmende Kampfabotage der reformistischen Führer keine Sekunde entmutigen lassen. Alle ehrlichen, alle oppositionellen und revolutionären Proletarier ans Werk! Sie müssen die Initiative ergreifen, die faktische Führung in der Gewerkschaft übernehmen und

mit der Gewerkschaft den Kampf um Achtstundentag und mehr Lohn durchführen.

Metallarbeiter, die Augen auf!

Ein Schandabkommen mit den Unternehmern

(Von einem Metallarbeiter.)

Die Verhandlungen zu dem neuen Tarifabschluß gehen einen eigenartigen Weg. Bekanntlich sind auf Seiten der Unternehmer zwei Vertragskontrahenten; einmal der Verband der Metallindustriellen und zum anderen der Arbeitgeberverband. Der Letztere ist die Organisation der kleinen Unternehmer. Die ersten Verhandlungen wurden bekanntlich ergebnislos abgebrochen. Der AVD hat aber einige Tage später mit dem Arbeitgeberverband verhandelt und ist das Ergebnis in großen Umrissen:

10 Prozent Lohnerhöhung, 8stündige Arbeitswoche mit der Bedingung, daß die Unternehmer die Arbeitszeit verlängern können, und zwar um drei Überstunden, wo dem Unternehmer nicht zugemutet werden kann, Arbeiter einzustellen (!!) 6 Tage Ferien im Jahre und einige kleinere Festlegungen.

Diese Vereinbarung des AVD mit dem Arbeitgeberverband, die bis zum 1. Juli 1928 Geltung haben soll, will nun der AVD vor dem Schlichtungsausschuß fordern, daß ein Schlichtungsspruch, der auch für den Verband Sächsischer Metallindustriellen Geltung haben soll, gefaßt wird.

Dieser kurz skizzierte Gang der Dinge zeigt, daß die Reformisten wirklich geschickt arbeiten. Diese „Geschicklichkeit“ hat aber das Resultat, daß sie sich völlig gegen die Mitglieder ausspricht.

Schon das erste „Ergebnis“ 10 Prozent Lohn-erhöhung ist geradezu lächerlich, und wir können schon jetzt sagen, die Industriellen werden sich gerne „vergewaltigen“ lassen, um nicht höhere Löhne zahlen zu brauchen. 10 Prozent bedeutet einen Spitzenlohn von 76 Pf. Also ein qualifizierter Arbeiter der Metallindustrie verdient in einer Stunde noch nicht ein Brot. Die Forderung der Metallarbeiter aber war 30 Pf. in der Spitze, also rund 30 Prozent und nun diese „Vereinbarung“ auf 10 Prozent.

Eine außerordentlich wichtige Frage haben die Gewerkschaftsbürokraten total „vergesen“. Das ist die große Spannung zwischen gelerntem und ungelernten Arbeitern, sowie zwischen Männern und Frauen. Gerade jetzt werden diese Frauen in die Produktion gezogen, allein dadurch, daß die Gewerkschaftsbürokraten bewußt auf eine möglichst niedrige Entlohnung der Frauen hinwirken. Die Ausbeuter werden geradezu angereizt durch die niedrigen Löhne der Frauen, die Männer zu entlassen, um die viel billigeren Frauenarbeit auszubenten. Statt also in den Tarifen festzusetzen, unbedingt gleichen Lohn für gleiche Arbeit, ganz gleich, welches Geschlecht, welches Alter, „vergesen“ die Gewerkschaftsbürokraten einfach all diese Dinge und vereinbaren heimlich nur 10 Prozent Lohn-erhöhung. Dabei ist das Preisniveau, wir dürfen nur den Preis, die Fleischwaren, die Kleidung, die Wohnungsmiete beachten, im letzten Jahre um fast 50 Prozent für die Bedarfsgeschäfte der Arbeiter gestiegen.

Die zweite Frage zeigt, welcher Demagogie die Bürokraten sich befleißigen. Steht nicht in fast jeder Gewerkschaftszeitung, daß die Arbeiter keine Überstunden leisten sollen? Was soll die Mahnung der Gewerkschaftsleitungen, wenn die Gewerkschaftsbürokraten in freier Vereinbarung mit den Ausbeutern die Möglichkeit geben, Überstunden ausführen zu lassen. Was bedeutet das Gewinn der Reformisten über die Arbeitslosigkeit, wenn angeblich Millionen Arbeiterlos die Leute den Unternehmern gestatten, Überstunden von den Arbeitern zu fordern, „wenn den Unternehmern Neuinstellung von Arbeitern nicht zugemutet werden kann“. Welch zarte Rücksichtnahme. Sind die Füller, Hengel und ihre Spießgesellen in den anderen Gewerkschaften auch so zartfühlend bei den Emeralsoldaten oder muten sie nicht den Arbeitslosen zu mit 10 bis 15 Mark ihre Familie zu „ernähren“. Ja Bauer, das ist etwas ganz anderes. Den arbeitslosen Arbeitern müssen die Gewerkschaftsbürokraten alles zu ermöglichen durch tarifliche Festsetzung heute noch den Unternehmern die Forderung von Überstunden. Und diese sauberen Abmachungen der Reformisten mit den Kapitalisten sollen jetzt Geltung erhalten für die Metallindustrie, also sämtliche Metallbetriebe. Um aber die Metallarbeiter zum Kampf abzuhalten, sind diese Vereinbarungen mit dem Arbeitgeberverband getroffen. Und wir werden nicht schlagen, wenn die Metallindustriellen sich untereinander verständigt haben, um die Reformisten als Spielball benutzen oder aber die Füller und Konfanten haben dieses ganze Manöver mit den Unternehmern abgefeuert, um die Metallarbeiter zu betrügen. Betrüger oder Trottel, ganz gleich, die Reformisten wollen die Arbeiter abhalten vom Kampf, weil die Unternehmer Angst haben vor einem Kampf der sächsischen Metallarbeiter.

- Aufgabe der Metallarbeiter muß es sein, aus allen Betrieben die alten Forderungen der Arbeiter zu stellen, den harten Achtstundentag gleichen Lohn für gleiche Arbeit Herabsetzung der Prozenttabelle keine langfristigen Tarifabschlüsse Verkürzung der Arbeitszeit der jugendlichen Metallarbeiter unter 17 Jahren auf 6 Stunden pro Tag!

Der oben gekennzeichnete Abschluß bringt außer der geringen Lohn-erhöhung nichts, was auch nur ein wenig über die Leipziger Abmachungen nach dem letzten Kampfe hinausgeht. Diese Lohn-erhöhung ist aber eine Verhöhnung der Arbeiter. Die Gewerkschaftsbürokratie kapitalisiert jetzt vor den Vereinbarungen von Leipzig, dieses Ergebnis soll auf die gesamte Metallarbeiterkraft ausgebreitet werden. Die Gewerkschaftsbürokratie will keine Verbesserung für die Arbeiter, sie will keinen Kampf. Die Metallarbeiter müssen entschieden gegen diese Haltung der Bürokraten ankämpfen, sie müssen die schändliche Zumutung, sich mit Bettelblättern zu begnügen mit Entrüstung zurückweisen.

Die Metallindustriellen provozieren

Berlin, 17. März. (Eig. Drahtmeldung.) Am gestrigen Mittwoch sollten im Hause des AVD die Verhandlungen über die Erneuerung des Rahmenvertrags für die Berliner Metallindustrie beginnen. Gleichzeitig fanden Lohnforderungen der Metall-Transportarbeiter, die in ihrer Mehrzahl im Deutschen Verkehrsverband organisiert sind, mit zur Verhandlung. Zum Rahmenvertrag erklärten die Unternehmer provokatorisch, daß es darüber gar keine Verhandlungen gebe, vor Zuständekommen des Arbeitszeitgesetzes sei die Lage überhaupt unübersehlich. Ein Zugeständnis in der Arbeitszeitfrage komme für den AVD

gar nicht in Betracht. Die Unternehmer seien lediglich bereit, den Rahmenvertrag vorläufig um 8 Wochen zu verlängern und über die Lohnforderungen der Hilfsarbeiter sofort zu verhandeln. Die Unterhändler des Metalltariffs, die sich zu einer internen Beratung zurückgezogen hatten, beschloßen, um eine sofortige Verhandlung über die Hilfsarbeiterlöhne zu erzielen, in eine Verlängerung des Rahmenvertrags einzustimmen, jedoch nur um 4 Wochen. Darauf kam schließlich eine Einigung zustande. Der Rahmenvertrag, der am 6. April ablaufen sollte, wurde bis 20. April verlängert. Die Verhandlungen über die Hilfsarbeiterlöhne sollen nunmehr nächste Woche zum Abschluß kommen.

Der sächsische Pensionsstandal

Zeitigkeiten für königliche, bürgerliche und sozialdemokratische Minister

Bei der Beratung des Staatskapitels „Ruhgelbes“ am 15. März im Sächsischen Landtag kam es zu einer Auseinandersetzung über die Ministerpensionen.

Genosse Bötzcher forderte im Auftrage der kommunistischen Fraktion die Streichung der Ministerpensionen und Uebergangsgelder. Neben der Kürzenabfindung sind die Pensionen der ehemaligen Minister und Generale der größte Standal in der kapitalistischen Republik.

Die ehemaligen Generale und Minister sind heute zum größten Teil in sehr hochbezahlten Stellen in der Privatindustrie untergebracht; sie erhalten jedoch trotzdem ihre Pensionen weiter.

Bei allen Forderungen der Kommunisten im Interesse der Emeralsoldaten, Kriegshinterbliebenen und Rentner demüht sich die sächsische Regierung regelmäßig auf die leeren Staatskassen. In derselben Sitzung, in der die Mehrheit des Landtages die Pensionen für die Minister Friedrich August bewilligen, wurden von derselben Landtagsmehrheit 16.000 RM zur Förderung der Sicherheit des Lebens der Bergleute in den Gruben abgelehnt.

Für die Ministerpensionen leisten sich die Vertreter der bürgerlichen Parteien, insbesondere der deutschnationale Abgeordnete Dr. Wagner, sehr stark ein.

In Sachsen erhalten folgende ehemalige königliche Staatsminister Pension:

n. Fricke	jährlich 13.080,— RM
Dr. Scheider	13.080,—
n. Steglitz	11.608,50
n. Baumann	13.080,—
Dr. Schmalz	12.262,80

dazu kommen die Witwengelder an Witwen von 6 verstorbenen Ministern.

Ein besonderer Standal ist die Pensionengewährung an den ehemaligen Justizminister Dr. Heinze. Heinze hat Anspruch auf eine Jahrespension von 16.002,40 RM. Heinze ist der Mann, der 1923 als Reichskommissar mit dem General Müller vom Wehrkreiskommando 4 die Reichswehrregimente von Sachsen durchgeführte hat. Heinze hat den Zusammenschluß des Landtages gemäßigt verhindert und die gewaltsame Abkündigung der damaligen sächsischen Regierung durchzuführen lassen.

Heinze gehört für seine damaligen Handlungen — selbst nach dem Urteil der liberalen Presse — ins Zuchthaus. Die Arbeiterkammer kennt die Praxis der Wehrerbschaft. Man vergleiche die Urteile gegen die Arbeiter aus der Zeit der Reichswehrregimente und die Staatspensionsberechtigung des Hochverrätters Dr. Heinze.

Selbstverständlich haben sich die Bürgerblockparteien, die Aufwärtler und die AVSP für diese Pensionen ebenfalls ins Zeug gesetzt. Die betrogenen Sparrer und Inflationsgeschädigten müssen von ihren Abgeordneten im Landtag auch über diesen schamlosen Verrat ihrer Interessen Rechenschaft fordern.

Nach der Revolution sind die Sozialdemokraten Schwarz und Neu und der Demokrat Dr. Seyditz mit Pensionsberechtigung ausgezeichnet. Schwarz erhält jährlich 9.026,40 RM Pension, Dr. Seyditz 20.628 RM und Neu 18.427,20 Reichsmark Pension.

Die beiden letzteren stehen gegenwärtig noch im Staatsdienst und haben auf die Zahlung von Dienstbezügen aus ihren neuen Staatsdienststellungen verzichtet. Sie beziehen dafür die — natürlich höhere! — Ministerpension.

Der ehemalige Ministerpräsident Dr. Zeigler erhält als Restpension seiner Pensionansprüche im Jahre 1928 insgesamt noch 2.020,40 RM. Uebergangsgelder erhalten die ehemaligen Minister Dr. Reinhold und die Altsozialist Max Müller-Chemnitz (Jugendminister) und Hermann Müller-Keipitz (Wirtschaftsminister). Die Uebergangsgelder für die letzteren fallen am 30. September 1928 resp. am 31. August 1928 weg.

Im Jahre 1927/28 erhielten die ehemaligen Minister Müllers je 20.853 RM (Zusatzlohn für den Verrat der Arbeiter in der Feldt-Regierung).

Der ehemalige Finanzminister der Feldt-Regierung Dr. Dehne ist unter den Ministerpensionsberechtigten nicht aufgeführt; er wird als Ministerialdirektor mit einer Jahrespension von 11.454,60 RM geführt. Er ist jedoch außerdem zum Bezug von Uebergangsgeldern als ehemaliger Minister berechtigt. Die Uebergangsgelder sind natürlich noch höher wie die Ministerialdirektoren Pension.

120000

neue Parteimitglieder

in einem Jahr, das ist
der Ruf des Parteitags

Werbt Parteimitglieder und Zeitungseifer!

Die Dresdner Parteiorganisation einmütig hinter den Beschlüssen des Parteitages

Gestern fand eine Zellendelegiertenkonferenz des Dresdner Unterbezirks der AVD statt, die Stellung nahm zu den Beschlüssen des Reichsparteitages. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

Resolution

Die Stadtdelegiertenkonferenz Groß-Dresden stellt sich einmütig hinter die Beschlüsse des 11. Reichsparteitages. Sie verpflichtet sich, alle Kräfte anzuspannen, die in Erfen gefaßten Beschlüsse zu verwirklichen.

Insbesondere begrüßt die Dresdner Organisation jene Beschlüsse des 11. Parteitages, die zur restlosen Ueberwindung aller oppositionellen Gruppierungen die Voraussetzungen bilden. Die in der Resolution der sächsischen Bezirksleitung zum Reichsparteitag enthaltenen Gesichtspunkte, abgedruckt in der Arbeiterstimme Nr. 61 vom 14. 3. 27, macht sich die Dresdner Organisation ausdrücklich zu eigen.

Zerfall der Dvboffition in der AVDU34

Moskau. (Inprekorr.) Die Pravda veröffentlichte eine aus dem AVD abgegebene Erklärung Salukts, über die ehemaligen Oppositionellen und früheren Sekretäre der Leninградer Gouvernementskomitees. Salukts weist in seiner Erklärung darauf hin, daß die politische Linie des AVD der Partei sich als richtig erwiesen hat, daß er sich nicht mehr als Oppositioneller gegen die politische Linie des AVD betrachte und daß er voll und ganz den Beschlüssen und Verfügungen anhänglich sei, vom AVD und von der Parteikonferenz getroffen worden sind.

25000 Mark Entschädigung für Jürgens

Berlin. Wie ein Berliner bürgerliches Korrespondenzbüro mitteilt, soll Jürgens für die Unterdruckungshaft 25.000 Mark Entschädigung erhalten, und zwar mit der Begründung, daß außer dem angebliehen materiellen Verlust Jürgens auch irrtümliche Verlust verurteilt werden muß, den er durch die Unterdruckungshaft erlitten hat.

Die ungarischen Revolutionäre vor dem Standrecht

Budapest, 16. März. (Eig. Drahtmeldung.) Laut Bericht der Budapester Staatsanwaltschaft wird Szanto und seine 52 Genossen vor ein Standgericht gestellt, die Verhandlung findet innerhalb 10 Tagen statt. Der Beschluß der Budapester Staatsanwaltschaft wurde auf Antrag des obersten Staatsrichters mitteilungslos gefaßt. Mißlingen wurde vor kurzem zum Staatspräsidenten der königlichen Tafel ernannt, doch hat man die Vorbereitung dieses Prozesses noch keiner zuverlässigen Hand anvertraut.

Die heutige Märzfeier der Budapester Arbeiterschaft vor dem Denkmal des ungarischen Freiheitskämpfers Petöfi gestaltete sich zu einer wichtigen Kundgebung. In der Menge wurden Rufe laut: Es lebe die Republik! Es lebe die Emigration! Wertvolle Polizei griff brutal ein und jagte die Demonstranten auseinander.

Die Berliner Metallarbeiter gegen Blut-Horchth

Berlin, 16. März. Die von der Generalversammlung der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes am 14. März angenommene Kundgebung gegen die Arbeiterverfolgungen in Ungarn hat folgenden Wortlaut:

Die im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Metallarbeiter Berlins, vertreten durch die Generalversammlung, sprechen der von der Horsthu-Regierung bis aufs Blut durchgeführten ungarischen Arbeiterhölle ihre vollste Sympathie aus.

Erfahrt vom tiefsten Herzen und angefüllt von der ungläublichen Bewunderung der Weichen-Gläubigen bringt die Berliner Metallarbeiterhölle gleichzeitig tiefempfindendes Mitgefühl zum Ausdruck. Trotz der vorübergehenden Lähmung der ungarischen Arbeiterklasse haben die Berliner Metallarbeiter die feste Ueberzeugung, daß es dem ungarischen Proletariat in absehbarer Zeit gelingt, seine politische, organisatorische und persönliche Freiheit zurückzuerlangen.

Die Berliner Metallarbeiter erwarten dabei die volle Unterstützung des Arbeiterbundes und hoffen, daß die Arbeiter aller dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Länder durch Ausbau ihrer eigenen Organisation die Rechtsmittel für den erfolgreichen Kampf des IGB zur Befreiung des internationalen Proletariats schaffen.

Die Arbeiter bereiten die Uebernahme Schandhaß vor!

Schanghai. (Inprekorr.) Die demokratische Bewegung in Schanghai breitet sich aus. Jetzt sind Delegiertenwahlen für die Schöpfung der sogenannten nationalen Delegiertenversammlung statt, die nach dem Fall Schanghais die Macht übernehmen sollen. Jetzt wählen die Arbeiter, Schüler, Lehrer, Kaufleute und Studenten. Eine von 200 Delegierten besetzte Vollversammlung ernannte eine Kommission zur Bearbeitung der Schenkungen des neuen Organs auf der Grundlage der Vertretung der Fabriken, Gewerkschaften, öffentlichen Körperschaften und der politischen Parteien. Die Delegiertenversammlung wählte ein Exekutivkomitee von 31 Mitgliedern, darunter 16 Vertreter der Arbeiter- und Studenten-Organisationen.

Die Gewerkschaften und die kommunistische Partei sind die Träger und Förderer der neuen Bewegung. Besonders bemerkenswert ist, daß mehrere Mitglieder des neu gewählten Exekutivkomitees direkt als Kandidaten der kommunistischen Partei und des kommunistischen Jugendverbandes gewählt wurden. An der Delegiertenversammlung nahmen auch Vertreter des Schanghaier Senats, die vor kurzem zur Nationalregierung übergetreten sind, und einige Truppenteile Schanghais teil.